

Dresdner Volkszeitung

685

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreise mit der tagl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendbeilage einschließlich Zinseszinsen monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 3.—. Erscheint tagl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 3465.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1769.
Verlagszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6-spaltigen Zeilen mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 206.

Dresden, Sonnabend den 5. September 1908.

19. Jahrg.

Gelbe Arbeiterverräter und Unternehmernmoral.

Gestern trat in Waldenburg in Schlesien ein Vertreterkongress der „Reichstreuen Arbeitervereine Deutschlands“ zusammen. Die Vorbereitungen dazu sind in verhältnismäßiger Eile betrieben worden. Das wird man begreiflich finden, wenn die Leser von folgenden hochwichtigen Schriftstücken Kenntnis nehmen, die unser Breslauer Parteiblatt, Die Volksmacht, zu veröffentlichen in der Lage ist. Zunächst mit wesenentlichen Streichungen folgendes Protokoll des

Vereins für die bergbäulichen Interessen Niederschlesens.

Niederchrift über die Vorstandssitzung vom 14. Juli 1908.

Anwesend die Herren: Dr. Geunenberg (Generalsekretär), Vorsitzender, Kocler (Bergwerksdirektor), Zittler (Bergwerksdirektor), Dr. Westermann (Bergwerksdirektor), Daniloff (Bergwerksdirektor), Eisenhauer, Balger (Bergwerksdirektor), Albrecht (Bergwerksdirektor), Lange (Bergwerksdirektor), Hammer.

Anschuldig die Herren: Spratze (Grubenrepräsentant), Edert (Bergwerksdirektor), Dr. Goetner, Reindorff (Regierungsrat), Wende.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung — Stellungnahme zu dem Beschlusse des Sekretariats des Verbandes der Reichstreuen Bergarbeitervereine um Rettung von Beiträgen zur Unterhaltung eines Parteitagestages der Reichstreuen Arbeitervereine Deutschlands — teilte der Vorsitzende mit, daß es sich im vorliegenden Falle um das Geld handele, das der Arbeitersekretär Ermerl unter dem 27. Juni einer Anzahl von Adressaten zugesandt hat, unter denen sich auch der größte Teil der Anwesenden befindet. Daraufhin ist von dem Bergbau angehörigen oder nahestehenden Persönlichkeiten, soweit sie von Herrn Ermerl angegangen sind, von denen wegen mittelteiliger Wochen, daß über dessen Verlangen in einer nächsten Sitzung beraten und über das Ergebnis weitere Rücksicht gegeben wird. Sodann die Höhe der Summe, um deren Aufbringung es sich handelt, abzufragen, wobei den Hauptteil der Bergbau beizutragen haben werde, sprachen seiner Ansicht nach für eine gemeinschaftliche und einheitliche Behandlung der Sache.

Zu seinen weiteren Ausführungen gab zunächst der Vorsitzende des von Herrn Ermerl eingeforderte Verzeichnis der Adressaten bekannt. Weiterhin aber teilte der Vorsitzende, daß Herr Ermerl es verstanden hat, vor Abfassung des Beschlusses mit den überredeten Persönlichkeiten der Bergwerksindustrie in Fühlung zu treten, trotzdem die vorher ausgesprochenen Vermutungen, daß der Bergbau den Rücktritt des Beitrags zu leisten haben werde, bestätigt ist. In dieser Hinsicht sind Herrn Ermerl bereits Vorhaltungen gemacht worden, deren Berechtigung er anerkannt hat.

Ob der Zeitpunkt der Bezahlung als geeignet zu bezeichnen ist, darüber können nach Ansicht des Vorsitzenden die Meinungen geteilt sein, aber die Aufforderung des Parteitagestages erscheine sowohl wegen der bereits gefassten Resolution von Beiträgen als auch wegen des ungünstigen Einflusses, den das Unterbleiben auf die anderen Arbeiterorganisationen machen müsse, nicht mehr angängig. Deshalb werde das Geld nicht einfach abzulassen sein, und es schlage vor, an Stelle einzelner persönlicher Beiträge einen Gesamtbetrag von Seiten des Vereins zu bewilligen, mit dem sich der Bergbau abfinden hat. Die dem Verein nach beabsichtigte vollständige freie Bezahlung der Vertreter einschließlich des Erlages der Reichstreuen, woraus sich die im Beschlusse genannte Summe erklärt, gebe zu weit.

Die Auffassung des Vorsitzenden über die Eigenmächtigkeit der Handlungsweise des Herrn Ermerl fand in der sich anschließenden Erörterung, an der sich hauptsächlich die Herren Bergwerksdirektoren Balger und Köhner beteiligten, allseitige Zustimmung. Die Höhe des Beitrages wurde auf 1500 M. festgesetzt. Schließlich wurde auf Antrag des Herrn Direktors Köhner beschlossen, an den Verbandsvorstand der Reichstreuen Bergarbeitervereine ein Schreiben zu richten, in welchem zunächst dem Verband über das anstehende eigennützige, allen Interessierten überraschend gekommene Verlangen des Verbandesekretärs Ermerl Ausdruck gegeben und zur Voranweisung der Bezahlung der Summe von 1500 M. gemacht werden soll: 1. daß der Verein für die bergbäulichen Interessen nachdrücklich Mitteilung erhalte über Art und Umfang der geplanten Veranlassungen; 2. daß ein Beschluß des Verbandsvorstandes über die Abhaltung des Parteitagestages in Waldenburg beigebracht; 3. daß ein unter Zustimmung von Vertretern des bergbäulichen Vereins zu bildendes Komitee über die Verwendung der zur Verfügung gestellten Mittel beschließt und Rechenschaft gibt.

Reizt dieses famose Protokoll mit überraschender Genauigkeit, wobei die Mittel für die Schmutzgebühren dieser „Arbeiter“-Organisationen stehen, so zeigen zwei andere Schriftstücke, die der Redaktion der Volksmacht ebenfalls auf den Tisch gelassen sind, wie innig der Zusammenhang zwischen dem Bergbau und ihren Schützlingen vom gelben Reichsverband auch auf anderem Gebiete ist. Es handelt sich um den Briefwechsel zweier Bergwerksdirektoren, des Herrn Edert mit dem Herrn Viktorius, welcher letzterer zur Zeit der Abhaltung dieser Briefe — Januar 1908 — noch Vorsitzender des „Reichstreuen Bergarbeiterverbandes“ in Waldenburg war.

Zu dem ersten Schreiben — Edert an Viktorius — wird Folgendes darüber geführt, daß der Vorstand des Reichstreuen Vereins in Waldenburg eine Eingabe an den Landtagsabgeordneten des Kreises, den Antisemitischen Rat, habe abgeben lassen, die sich gegen die Anerkennung des Verdienstes der Ueberwachten und Sonntagsarbeit zum steuerpflichtigen Einkommen richtet. Herr Edert hofft, daß eine solche Eingabe erfolglos bleiben werde. Eine Wilschreibung dieses Wunsches würde nach der Meinung des Briefschreibers eine Ungerechtigkeit gegenüber den kleinen Gewerbetreibenden sein, die sich viel schlechter ständen wie die

petitionierenden Arbeiter. Der Herr brüht dann den Wunsch aus, daß der Vorstand des Reichstreuen Bergarbeiterverbandes rechtzeitig davon abgerückt werden müsse, derartige Pläne zu verfolgen.

Auf diesen Brief ging von dem Bergwerksdirektor Viktorius, dem Patron des „Arbeiter“-Vereins, eine Antwort ein, die vor ihrer richtsichlosen Offenheit wegen ganz wiedergeben wollen. Sie lautet:

„Schloß Waldenburg, den 16. Januar 1908.

Herrn Bergwerksdirektor Edert
Hochwachtgeboren
Neu-Weißstein.

Sehr geehrter Herr Kollege!
Zu Ihrem gefälligen Schreiben vom 10. Januar habe ich Ihnen ergeben mit, daß es leider der Vorstand des Reichstreuen Bergarbeiterverbandes verstanden hat, mir die geplanten Eingaben an Herrn Antisemitischen Rat und an den Reichstagsabgeordneten vor der Abhaltung der Einleitungsversammlung. Nach den Statuten wäre der Vorstand verpflichtet gewesen, in einer Sitzung diese Angelegenheit zu beraten und mich zu dieser Sitzung zuzuziehen. Das ist aber nicht geschehen, trotzdem ich wiederholt erkläre habe, demnach eine Vorstandssitzung einberufen, in welcher ich den Herren eine allgemeine Rücksichtnahme darüber geben wollte, wie die Reichstreuen Bergarbeitervereine weiter in ihrer Propaganda vorwärts gehen sollten.

Solange der jetzige Vorsitzende, Herr Wettersteiger Schmidt, welcher für diesen Posten vollständig ungeeignet (!) ist, den Vorsitz im Vorstande führen wird, glaube ich, daß auch eine Veränderung in den Vorständen (!) des Reichstreuen Bergarbeiterverbandes nicht eintreten werde. Ich empfehle daher dringend, von Seiten des bergbäulichen Vereins dahin zu wirken, daß dieser Herr den Vorsitz niederlegt (!), damit endlich in dem Reichstreuen Bergarbeiterverbande geordnete Zustände (!) entstehen.

Im allgemeinen sehe ich nicht auf Ihrem Standpunkte, daß man die reichstreuen Bergarbeiter von allen Eingaben abhalten soll, die unerschütterlich oder ausdrücklich sind. Die Sozialdemokratie bringt regelmäßig jedes Jahr eine ganze Menge Anträge ein, von denen die meisten für die im voraus überzogen ist, lediglich um für ihre Sache Propaganda zu machen. Wenn die Reichstreuen Bergarbeitervereine nur solche Sachen einbringen wollen, von denen Durchführbarkeit oder ausdrücklich sind, so werden sich überhaupt wenig Anträge finden lassen, die die Herren einbringen können.

Ich empfehle gelegentlich diese Angelegenheit im Vorstande des bergbäulichen Vereins zu erörtern.

Mit hochachtungsvollem Gruß

Ihr ergebener

ges. Viktorius.

Siermit ist allenmäßig erwiesen:

1. Die Abhängigkeit der Gelben von dem Unternehmertum geht so weit, daß nicht nur ihr Anführer, sondern auch ihr Verbandstag in Waldenburg von Unternehmern bezahlt wird. Die Waldenburger Bergherren bezahlen aus ihrer Tasche sogar die Reisekosten der Delegierten.

2. Als Gegenleistung beanspruchen die Kapitalisten ein Mitspracherecht über „Art und Umfang“ des „Arbeiter“-Kongresses, Rechenschaft über die Verwendung ihrer Gelder!

3. Die Bergherren bestimmen, wer in den reichstreuen „Arbeiter“-Vereinen Vorstandspositionen zu bekleiden hat, resp. sie „schicken“ hinter den Kulissen die Belegung dieser Ämter.

4. Ihr Mitspracherecht über die Wirkksamkeit der „Arbeitervereine“ geht so weit, daß sie eine Prüfung der Eingabe und Vorschläge dieser Vereine verlangen und daß sie (die Unternehmer) die Rücksichtnahme der reichstreuen Arbeiterpropaganda bestimmen.

5. Die Bergherren begünstigen es, wenn reichstreue Vereine Schatz-Anträge stellen und vertreten, von deren Durchführbarkeit sie überzeugt sind, damit durch diese Methode die Arbeitererschaft und die Defensivität über den wahren Charakter der reichstreuen Vereine und ihre heimlichen Antisemitischen getäuscht wird.

6. Trotzdem die Herren ihre reichstreuen Knechte als willenslose Werkzeug benutzen, beklagen sie sich in bekanntem Unternehmerricht über die ihnen dadurch entstehenden Kosten und über die Selbstherrlichkeit der von ihnen eingesetzten „Arbeiterführer“.

So sieht das wahre Bild der „vaterländischen Arbeitervereine“ aus!

Zum Parteitritt.

Die überaus heftigen Auseinandersetzungen zwischen Berlin und Rügen dauern fort.

Ein Hauptmoment in den gegenseitigen Vorwürfen bildet die Frage der Bezahlung des Parteitagestages aus der Provinz Brandenburg. Die Rügener Post wiederholt ihre Behauptung, daß die besondere Haltung der Delegiertenwähler, die Ausschließung gebundener Mandate, der Kauf von Mandaten, den Parteitag auf einem Parteitagestage entwerfen; wegen einer ganz nebenbei stehenden tatsächlichen Frage sollten die Süddeutschen abgeurteilt werden, mögen sie auch die besten Argumente zu ihrer Verteidigung vorbringen. Die Rügener Post erklärt ferner nochmals, es sei unter diesen Umständen zu erörtern, ob die süddeutschen Parteigenossen sich am Parteitag beteiligen sollen. Wenn der Parteivorstand in keiner Weise in die Wahl der Delegierten eingegriffen habe, so habe er doch den Verdacht nicht von sich abgewälzt, dem Ausschüsse des Scheiterhaufens und seiner Umgebung teilnahmslos zuzusehen zu haben. Das Rügener Parteiblatt schließt also:

„Würdig dem Ganzen rechtlich die Auffassung einiger nord-

deutscher Parteiorgane an, der warnende Hinweis der W. P. sei aus Angst oder Verlegenheit erfolgt.

Frage: was soll uns Angst oder Verlegenheit einjagen? Die Parteigenossen unseres süddeutschen Gebietes sind nicht nur unserer Meinung, sie verlangen sogar von uns, daß wir noch energischer auftreten. Verbrennen kann uns der Parteitag auch nicht, obwohl so mancher brave Peter Arbus an solcher Prozedur sein heiliges Wohlgefallen hätte.

Aber was uns empört, das ist die unmürbige Sprache gegen Parteigenossen, die seit langen Jahren ihr Bestes der Partei opfert, die in aufreibender Arbeit die Stellung der Partei nicht nur in Süddeutschland gehoben und gefestigt haben. Und die nun von Pseudoradikalen, deren positive Leistungen in der Partei im umgekehrten Verhältnis zu dem Volumen ihres Sprechapparates stehen, als Schulbuben oder gar als Verbrecher behandelt werden. Nicht uns Süddeutschen, nicht uns Bayern schadet diese Sprache. Denn je mehr wir von solchen norddeutschen Parteiorganen angefeindet werden, um so fester wird unsere Situation hier.

Aber gerade weil wir so gut am Geleisen der Gesamtpartei irrefest sind wie unsere leichtfertigen Angreifer, gerade deshalb sagen wir deutlich, was die Ihre geschlagen hat.“

Der Vorwärts erwirbt hierauf:

Diesem aufgeregten Gerüchte wollen wir die folgenden nüchternen Tatsachen entgegenstellen:

1. Die Nachwahl eines Delegierten ist aus einem einzigen Wahlkreis, aus Hamburg II gemeldet, einem Wahlkreis, der nebenbei gesagt über 7000 organisierte Genossen zählt!

2. Das geltende Parteistatut gibt jedem Wahlkreis das Recht, drei Delegierte zu entsenden.

3. Ein Mandatskauf findet nirgends statt. Wenn Brandenburg Kreis neben anderen auch Berliner Genossen als Delegierte wählen, so tun sie es, weil diese Genossen als Mandatäre, Agitatoren usw. in diesen Kreisen jahrelang gearbeitet haben — also aus demselben Grunde, aus dem baltische Wahlkreise, die Rügen und Rügenberg benachbart sind, Rügener und Rügenberger Genossen entsenden.

4. Groß-Berlin hat 86 429 organisierte Genossen und das Recht auf 24 Delegierte — Bayern, Württemberg, Baden und Hessen zusammen zählen 99 170 organisierte Mitglieder und können, wenn auf jeden ihrer Wahlkreise durchschnittlich nur ein Delegierter entfällt, 88 Delegierte entsenden. Wenn jeder der brandenburgischen Wahlkreise (die acht Groß-Berlins einbezogen) je drei Delegierte entsenden würde — tatsächlich geschieht das nicht — so würden sie erst 78 Delegierte aufbringen. In Brandenburg und Groß-Berlin sind 105 188 Parteigenossen organisiert!

5. Die Berliner Genossen haben schon seit Jahren Proportionalvertretung zum Parteitag gefordert!

6. Gebundene Mandate hat es in der sozialdemokratischen Bewegung stets gegeben und gibt es auch bei den Genossen Bayerns, Württembergs, Badens usw. Sie sind der natürliche Ausdruck der Tatsache, daß der Delegierte nicht über seinen Wählern steht, sondern ihr Beauftragter ist.

Der Vorwärts fügt noch weiteren Ausführungen hinzu:

„Uns scheint, es ist hohe Zeit, daß die große Mehrheit der Partei auf solche Kundgebung sagt, was die Stunde geschlagen hat! Und das auch recht deutlich!“

Die Frankfurter Tagespost gab der Meinung Ausdruck, der Vorwärts, wenn er ein bißchen politisches Verantwortungsbewußtsein hätte, hätte sich von Anfang an darüber klar gemacht sein müssen, daß die süddeutschen Abgeordneten unumgänglich ihre Ansicht äußern könnten, daß sie für sich selbst die Konsequenzen ziehen müßten. Der Vorwärts betont dagegen, die süddeutschen Abgeordneten müßten sich den Parteitagbeschlüssen fügen, wie sich Vollmar und Grillenberger wiederholt gefügt hätten.

Die Ausführungen des Vorwärts über die Art der Delegation in der Provinz Brandenburg sind nicht geeignet, die auch von uns geäußerten Bedenken zu beseitigen. Wir zitieren gestern, wie in einzelnen Kreisen die Delegation zustande kam. Da zeigte sich, daß die Entsendung von drei Delegierten ursprünglich nicht aus dem Wunsch der betreffenden Kreise erwachsen ist, sondern erst durch einseitige Beeinflussung seitens Berliner Genossen, die in die Kreise gereist waren, zustande kam. Der Vorwärts sagt: „Ein Mandatskauf findet nirgends statt.“ Es wäre gut, wenn der Vorwärts Klarheit darüber schaffte, daß die betreffenden sonst organisations- und gebildeten Kreise in der Tat aus ihren eigenen Mitteln die drei Delegierten entsenden, oder ob ihnen dabei die Unterstützung Berlins zuzuflißt. Diese Frage ist in der Tat von großer Bedeutung. Die Partei kann unumgänglich den Zustand einsehen lassen, daß geldkräftige Kreise sich auswärts Mandate verschaffen, die sie bezahlen und vermöge deren sie auf dem Parteitag für die von ihnen in einer bestimmten Frage vertretenen Anschauungen eine überwältigende Mehrheit herbeiführen wollen.

Auch der Auffassung des Vorwärts über „gebundene Mandate“ kann unumgänglich beigeprüft werden. Die Parteigenossen wählen ihre Delegierten, weil sie das Vertrauen in sie legen, daß sie das Wohl der Gesamtheit zu wahren befähigt sind. Es werden bei der Nachwahl, falls, wie gegenwärtig, Streikfragen vorliegen, solche Delegierte wählen, die behaupten haben, daß sie in der strittigen Frage die Ansicht der Mehrheit vertreten. Dies bedeutet aber noch keineswegs ein gebundenes Mandat. Es läßt sich ja in solchen Fällen noch gar nicht absehen, welchen Gang die Verhandlungen auf dem Parteitag nehmen. Es können Verhältnisse eintreten und es können die Delegierten vor Entschlüssen gestiftet werden, an die zuvor noch nicht einmal gedacht werden konnte. Die Delegierten werden immer freien Spielraum behalten müssen und sich ihre Überzeugung aus Grund der Verhandlungen selbst bilden müssen. Die Wahl der Delegierten ist eine Vertrauenssache wie die Wahl zu jeder Vertretungsbehörde. Wollte man fest gebundene Mandate aufstellen, so brauchte man überhaupt keinen Parteitag. Dann könnte man die Beschlüsse der Organisationen zusammenstellen, und die Entscheidungen über alle Fragen sind fertig. Der Wert des Zusammen-